

bis 21,5 Prozent erwerben. Nach zwölf Monaten frühestens dürfen sie den Wagen verkaufen und verdienen dann ein paar hundert oder auch ein paar tausend Mark dabei.

Was für viele längst zur guten Gewohnheit geworden ist, was von den Finanzämtern bislang stets widerspruchlos hingenommen wurde – für die Prüfer in Frankfurt ist es plötzlich ein Ärgernis. Der „geldwerte Vorteil“, wie der Rabatt für die Autowerker in der Beamtensprache heißt, müsse wie Einkommen besteuert werden, schrieben die Frankfurter in einer „Prüfungsmittelung“ an Stoltenberg.

Im Ministerium wurde der Brief mit spitzen Fingern von einem zum anderen gereicht, bis die Beamten schließ-

ter – sie zögen sich den Zorn der gesamten Branche zu. Drastische Umsatzeinbußen nämlich wären die Folge, wenn die Beschäftigten der Autoindustrie, abgeschreckt durch drohende Steuerzahlungen, künftig nicht mehr so regelmäßig einen Jahreswagen bestellten. Bislang sind sie, unbeeindruckt von allen Konjunkturschwankungen, die treuesten Kunden. Immerhin wird inzwischen jeder fünfzehnte neu zugelassene Wagen von einem Automobilwerker mit Rabatt erstanden – das sind rund 160 000 Autos im Jahr.

Das Geschäft, mit dem beide Seiten zufrieden waren, läuft seit den fünfziger Jahren. Nach der reinen Theorie wäre der geldwerte Vorteil in der Tat zu besteuern. Doch daran hat sich bislang

So nutzten die meisten Arbeitnehmer in den Daimler-Werken die Chance, ein paar Tausender zusätzlich zu machen. Rund 60 000 Mercedes werden jedes Jahr von der Belegschaft gekauft. Das ist fast ein Viertel aller von Daimler-Benz im Inland verkauften Wagen.

Auch das Volkswagenwerk findet für knapp 70 000 Wagen einen Käufer unter den eigenen Beschäftigten. Wenn die ihre Autos dann weiterverkaufen, findet in Wolfsburg vor dem Werkstor „Wache Ost“ stets ein kleiner Jahrmarkt mit Bier-, Würstchen- und Eisständen statt.

„Reich werden kann man dabei nicht“, weiß Betriebsrat Walter Hiller. Aber selbst wenn er den Wagen für die gleiche Summe verkauft, die er ein Jahr zuvor selbst gezahlt hat, „bin ich zwölf Monate quasi umsonst, ohne Wertverlust, gefahren“.

Ärger machten gelegentlich nur einige Autohändler, die um ihr eigenes Geschäft fürchteten. Als Daimler-Benz vor kurzem den Mitarbeitern der neuen Tochter Dornier ebenfalls Wagen mit Rabatt anbieten wollte, drohten drei BMW-Händler mit Klage. Der Konzern zog sein Angebot zurück, obwohl schon 900 Dornier-Leute einen Benz bestellt hatten. Die Dornier-Beschäftigten, allen voran Betriebsrat Oscar Pauli, beklagten sich lautstark und sorgten für Wirbel. Damit, so wird nun in der Branche vermutet, hätten sie „erst schlafende Hunde geweckt“ und die Prüfer des Rechnungshofs auf dieses Thema gebracht.

Unangenehm ist es allen – dem Gesetzgeber, der sich bisher vor einer Lösung dieses Problems drückte, und den Finanzverwaltungen, die ihre Vorschriften großzügig auslegten. Zur Zeit gibt es deshalb noch regen Briefwechsel zwischen Stoltenbergs Ministerium und der Frankfurter Prüfbehörde. „Das ist“, sagt deren Sprecher, Andreas Freiherr von Gall, „wie ein Pingpongspiel.“

Stoltenberg spielt dabei erst einmal auf Zeit. Vor der nächsten Wahl, an der schließlich auch über 500 000 Beschäftigte der Automobilindustrie ihre Kreuzchen machen, soll nichts entschieden werden.



Jahreswagen-Verkauf in Wolfsburg: „Schlafende Hunde geweckt“

lich eine Antwort formulierten: Das Problem sei „so vielschichtig“, daß es in dieser Legislaturperiode nicht mehr gelöst werden könne. Der Sparminister scheint in diesem Fall so scharf auf das Geld nicht zu sein, und das mit gutem Grund.

„Der Stoltenberg soll nur versuchen, da ranzukommen“, drohte Walter Hiller, Betriebsrat im Volkswagenkonzern. Den Rest des Satzes läßt er unausgesprochen. Den formuliert Daimler-Betriebsrat Helmut Funk: „Dann muß der sich keine Gedanken um die nächste Wahl machen; die Leute bei uns kochen ohnehin schon vor Wut.“

Dem Finanzminister und seiner Partei droht, sollte die Mahnung aus Frankfurt ernst genommen werden, nicht nur die Stimmzettel-Rache der Automobilarbei-

auch in anderen Branchen kaum jemand gehalten.

Angestellte der Lufthansa können für ein Zehntel des üblichen Preises um die Welt fliegen, Brauereibeschäftigte ihren Durst mit Freibier löschen, Bankangestellte billigere Kredite nehmen. Kumpel heizen umsonst mit Kohle, Kaufhausbedienstete kaufen billiger ein – alles eigentlich steuerpflichtige Vergünstigungen, sofern dabei mehr als 40 Mark im Monat herauskommen.

Besonders lohnend ist die Arbeitgeber-Offerte für die Beschäftigten bei Daimler-Benz. Wer sich dort einen Wagen mit einem Preisnachlaß von 21,5 Prozent kauft, der hat gute Chancen, ihn nach der abgelaufenen Sperrfrist noch fast zum vollen Neuwagenpreis zu verkaufen.

CDU/BERLIN

Notfalls Knarre

Warum der Berliner CDU-Innensenator einen unbequemen Parteifreund disziplinieren will.

Morgens im Bundestag, der über die geplante Einführung des fälschungssicheren Personalausweises debattierte, fiel den Christdemokraten zur inneren Sicherheit nur das Übliche ein. Polizei, Staatsanwaltschaften, Verfassungsschutz hätten sich als die „zuverlässigsten Stützen von Demokratie und Rechtsstaat erwiesen“, sie besäßen, meinte etwa der CDU-Abgeordnete Joa-



Gesetzeskritiker Schwan
„Böses im Gewand des Guten“

Doch die Crux sei eben, „daß das Böse meistens im Gewand des Guten daherkommt“.

Das Plädoyer kam an: bei Schwans Dienstvorgesetztem, dem damals, am 28. Februar, noch amtierenden CDU-Innensenator Heinrich Lummer. Der Professor nämlich lehrt an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, das Institut gehört zum Innenressort. Dort unterweist Schwan Polizisten in Staats-, Verwaltungs- und Polizeirecht.

Prompt setzte Christdemokrat Lummer disziplinarische Ermittlungen gegen den Parteifreund in Gang, die nun von Lummer-Nachfolger Wilhelm Kewenig, ebenfalls CDU, fortgeführt werden. Ende Mai sollte Schwan zu einer „Anhörung“ erscheinen. Er sei verdächtig, so der Vorwurf, seine „Pflichten zur politischen Mäßigung“ sowie „Berufspflichten“ gröblich verletzt zu haben.

Beim Aufruf zur Gewalt gar glaubt der eine CDU-Mann den anderen erwischt zu haben. Schwan hatte formuliert, gegen das „Abdriften der Bundesrepublik Deutschland in den totalitären Polizei- und Überwachungsstaat“ könnten sich Bürger „notfalls auch mit der Knarre wehren“.

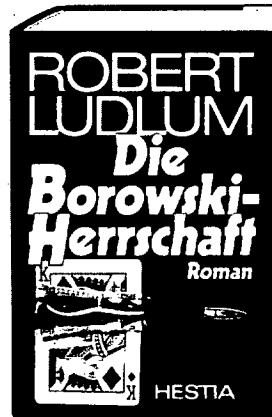
In einer schriftlichen Rückäußerung erläuterte Schwan, er habe keineswegs zu Gewalt aufgerufen, sondern nur „die rechtsstaatlichen Instrumente der Gegenwehr aufgezählt“, und dazu gehöre „als Ultima ratio selbstverständlich auch das Widerstandsrecht aus Artikel 20 Absatz 4“ des Grundgesetzes. Als Anlagen fügte der Wissenschaftler etliche seiner Veröffentlichungen bei, in denen er sich zum Teil „noch schärfer“ geäußert habe, und stellte ironisch anheim, auch diese Arbeiten als „Dienstvergehen“ einzustufen.

Vielfach schon hatte Schwan, aufgewachsen in der DDR, einem „totalitären Staat“, aus „klassisch liberaler Grundposition“ gegen jede Beschneidung von Bürgerrechten protestiert. In mehreren Prozessen, die er als Kläger oder als Bevollmächtigter betrieb, ging es ihm mal um die Vernichtung von Meldedaten, mal um Auskunftspflichten des Staats- oder Verfassungsschutzes.

Gemeinsam mit Sozialdemokraten und Grünen unterzeichnete er einen Protest der Humanistischen Union gegen die geplanten „Überwachungsgesetze“. Und im Herbst vergangenen Jahres erläuterte er seinem Parteifreund Lummer im „Sender Freies Berlin“, warum der Verfassungsschutz mittlerweile überflüssig sei. Lummer zu Schwan damals live: „Jetzt haben Sie völlig den Verstand verloren.“

Demnächst muß der neue Innensenator und Staatsrechtsprofessor Kewenig über den unbequemen Kollegen Schwan entscheiden – eine heikle Sache: Parteifreund Schwan weiß, wovon er redet, der Datenschutz-Experte ist Mitautor eines Rechtskommentars – zur Berliner Verfassung.

Der neue LUDLUM

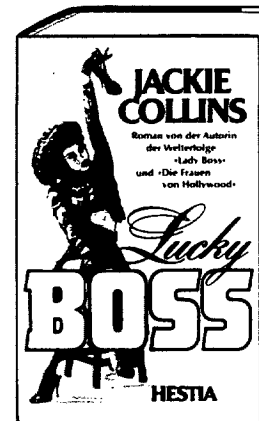


Macht Freizeit spannender.

Im Hinterzimmer eines Hongkonger Nachtlokals werden fünf Leichen aufgefunden. In eine Blutlache hat der Killer mit dem Finger den Namen BOROWSKI gemalt. Aber Borowski ist schon lange tot. Oder – hatte sich US-Geheimagent Webb, hatten sich alle damals geirrt...? Ein Polit-Thriller der Sonderklasse.

Roman, 592 Seiten, Ln., DM 39,80

Die neue COLLINS



Macht Freizeit aufregender.

Sie ist schön, leidenschaftlich, wild und – ein skrupelloser Boß, der alles haben will. Sie, das ist Lucky, eine ebenso eiskalt handelnde Mafiosin wie eine bedenkenlos jedes sich bietende Vergnügen genießende, bildhübsche Frau. Ein Roman, der tatsächlich spannend und erregend zugleich ist.

Roman, 484 Seiten, Ln., DM 38,-

Soeben erschienen.

In allen Buchhandlungen erhältlich.

HESTIA-Bücher.



Dienstherr Kewenig
„Pflicht zur Mäßigung“

chim Clemens, ein „ungebrochenes Vertrauenskapital in der Bevölkerung“.

Abends, in der Berliner Rundfunksendung „S-F-Beat“, meldete sich ein christdemokratischer Dissident zu Wort: Ganz offensichtlich erlebe die Bundesrepublik, rügte Professor Eggert Schwan, 48, seit vierzehn Jahren CDU-Mitglied, „eine Sternstunde des Überwachungsstaates“. Sollten die Sicherheitsgesetze, darunter der Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, verabschiedet werden, „dann sind wir wieder dort, wo wir 1933 gelandet sind, bei der Bildung der Gestapo“. Zwar werfe er, so Schwan, seinen Parteifreunden nicht vor, sie wollten den Rechtsstaat bewußt vernichten.